



Europa schaut auf Berlin

© Martin Fablander on Unsplash

Aus dem Inhalt

Deutschland und Europa müssen auf den Prüfstand Weichenstellung durch die Bundestagswahl 2021	2
69. Europäischer Wettbewerb Nächster Halt: Nachhaltigkeit.....	3
Erwartungen an das neu gewählte Parlament	4
Fragen an die europapolitischen Obleute von CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen.....	5
Europapolitische Positionen aus den Wahlprogrammen der Parteien	11
Ticker	15
CESI veröffentlicht Richtlinien zur Fernarbeit	19
Evaluierung der Arbeitszeitrichtlinie	20

Impressum:

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Telefon: +49 (0) 30 / 40 81 - 40, Fax: +49 (0) 30 / 40 81 - 49 99
VSDP: Christian Moos, Nicolas Engelbarts, Hendrik Meerkamp
Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung.
Kontakt / Abonnement: europathemen@dbb.de

Editorial

Wahlen in den EU-Mitgliedstaaten sind inzwischen immer auch für den Rest der Gemeinschaft wichtig. Ganz besonders gilt das, wenn die Bevölkerung der größeren Staaten an die Urnen gerufen wird. Auch die Bundestagswahl am 26. September ist eine europäische Wahl. Nicht nur für uns Deutsche ist sie besonders spannend. Ganz Europa will wissen, wer auf Angela Merkel folgt und künftig die Geschicke der Europäischen Union mit verantwortet.

Europapolitik ist kein Nebenthema für den Deutschen Bundestag. Das Bundesverfassungsgericht hat ihm ins Stammbuch geschrieben, dass er große Integrationsverantwortung trägt. Auch die Wahlprogramme der Parteien spiegeln das. In dieser Ausgabe findet sich eine Auswertung der Programme der heute im Bundestag vertretenen Parteien. Die dbb europathemen veröffentlichen außerdem zentrale Thesen der europapolitischen Obleute aller Fraktionen, die uns Antworten zur Verfügung gestellt haben.

Für die öffentliche Verwaltung und den öffentlichen Dienst ist auch die europäische Ordnung ein wichtiger Rahmen. Deshalb gilt es auch hier, genau hinzusehen. Für den 26. September gilt: Wählen ist erste Bürgerinnen- und Bürgerpflicht!

Herzlichst
Ihre Redaktion

Deutschland und Europa müssen auf den Prüfstand

Weichenstellung durch die Bundestagswahl 2021

von Ulrich Silberbach

Mit der Bundestagswahl am 26. September werden die Weichen für einen Neuanfang in Berlin gestellt. Dieser Neuanfang wird sich auch auf die deutsche Europapolitik und damit die weitere Entwicklung der Europäischen Union auswirken. Deutschland ist eine Führungsmacht in Europa, hadert aber bis heute damit. Nach einem langen Krisenjahrzehnt, wird allzu deutlich, wie groß der Reformbedarf ist, in Deutschland und in Europa. Die Schlagworte lauten Klimaschutz, demografischer Wandel und Digitalisierung. Aber auch in anderen grundlegenden Bereichen staatlicher Verantwortung und überstaatlicher Zusammenarbeit gibt es Handlungsbedarf.

Die neue Bundesregierung wird sich einer Vielzahl von Herausforderungen gegenübersehen. Nicht wenige davon betreffen auch den europäisch-atlantischen Ordnungsrahmen, innerhalb dessen die Bundesrepublik Deutschland über 70 Jahre in Frieden, Freiheit und Sicherheit prosperieren konnte. Es stellt sich schon lange die Frage, wie das, was klassisch unter souveränem staatlichen Handeln verstanden wird, in einer Welt beschleunigten Wandels, großer kultureller Ungleichzeitigkeiten und politischer Machtverschiebungen noch gesichert werden kann. Es gibt praktisch keinen Bereich staatlicher Aufgaben, auf dem nicht großer Veränderungsdruck lastete.

Der nächste Bundestag steht vor Mammutaufgaben, die fast ausnahmslos auch die Zukunft staatlicher Verwaltung und Daseinsvorsorge betreffen. Die Pandemie hat zweifelsohne das Bewusstsein für manche Schwächen der staatlichen Handlungsfähigkeit geschärft. Neu ist die relative Rückständigkeit in Sachen Digitalisierung und die Mangelverwaltung in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht. Im Vergleich zu anderen entwickelten Staaten ist Deutschland in Sachen Digitalisierung spät dran. Das wusste man aber auch schon vor 2020, als das Virus nach Europa kam. Die Faxgeräte in den Gesundheitsämtern standen sinnbildlich für diese Rückständigkeit. Dramatischer noch sind die Defizite, die im Schulwesen erkennbar wurden.

Die öffentliche Bildung ist eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben und für die Zukunftsfähigkeit eines rohstoffarmen Landes wie Deutschland zentral. Ihre Bedeutung wird angesichts der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung abnehmenden Zahl junger Menschen nicht geringer, sondern eher noch größer. Die demografische Alterung betrifft alle EU-Staaten,

ist ebenso eine gemeinsame Herausforderung wie die künftige Sicherung Europas als Forschungs- und Industriestandort.

Der Staat hat nach vielen Jahren tiefer Einschnitte in vielen Bereichen Personalmangel. Er ist, wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten, kaum noch in der Lage seine Aufgaben zu erfüllen. Wenn auch nur ein Lehrer zu viel krank ist, fällt mittlerweile monatelang der Unterricht sogar in Kernfächern aus. Die schreckliche Flut in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat den Katastrophenschutz offensichtlich überfordert oder zumindest offenbart, dass die Zusammenarbeit über die staatlichen Ebenen hinweg nicht gut genug funktioniert. Die Bundeswehr kann, was ihren Kernauftrag angeht, allenfalls gut planbare Routineaufgaben erledigen. Der Beispiele wären mehr.

Diese Missstände haben eine Reihe von Ursachen, die sich kurzgefasst mit ultraliberalen Moden, Stichwort schlanker Staat, und typisch deutschen Obsessionen, Stichwort schwarze Null, beschreiben lassen. Hinzu kommt, dass der deutsche Föderalismus eben nicht nur Stärken hat, beispielsweise mit Blick auf den Wettbewerbsföderalismus, sondern auch Schwächen. Großprojekte wie die Modernisierung der digitalen Infrastruktur geraten zwischen die Mühlsteine teilzuständiger politischer Ebenen. Wo der deutsche Föderalismus zu Zeiten ruhigen und evolutiven Wandels lange systemstabilisierend war, scheint er sich angesichts disruptiver Prozesse lähmend auszuwirken.

Wie lange es brauchen wird, wie viel Kraft und Geld es kosten wird, die Verwaltung wieder in allen zentralen Aufgabenbereichen besser aufzustellen, ist eine offene Frage. Fest steht aber, dass der neue Bundestag, die von ihm getragene parlamentarische Mehrheit und die neue Regierung nicht nur Reformstau im Inland auflösen müssen. Denn viele der zu lösenden Aufgaben sind aufs engste mit europäischen oder sogar atlantischen Fragen verbunden. Diese zu beantworten, wird es strategischen Weitblicks und des Verantwortungsbewusstseins für die Zukunft Europas brauchen. Dass diese aktuell auf europäischer Ebene mehr schlecht als recht und ohne große Anteilnahme der Öffentlichkeit mit gelosten

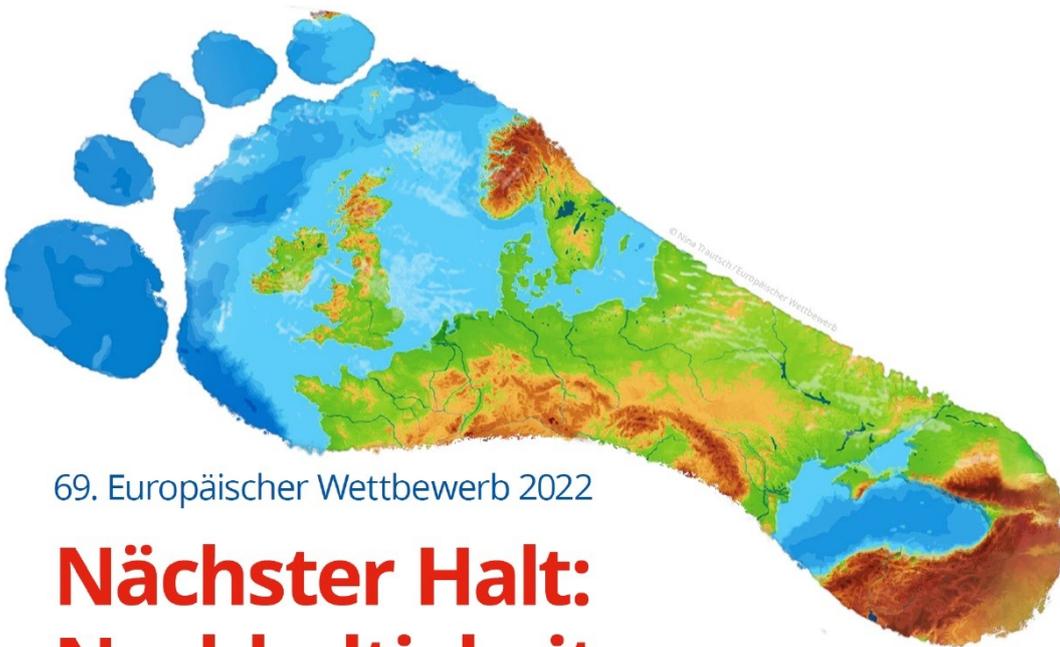


Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wird, ist unzureichend. Die schockierenden Ereignisse in Afghanistan zeigen, wie schnell Handlungsfähigkeit eingefordert werden kann. Die mitnichten überwundene Migrationskrise wird Deutschland und Europa schon bald wieder auf die Probe stellen. Das gilt für den europäischen und den innergesellschaftlichen Zusammenhalt, die Festigkeit der Werte, wie sie in Grundgesetz, europäischen und internationalen Verträgen verankert sind, aber auch mit Blick auf die Fähigkeit staatlicher Stellen, innere Sicherheit und öffentliche Ordnung zu garantieren.

Deutschland und Europa stehen zunehmend unter dem Druck Chinas und Russlands. Die Türkei, eigentlich ein sehr wichtiger NATO Partner, zieht es immer mehr in die Sphäre autoritärer Kräfte, die längst schon innerhalb der EU wirken.

Wenn die neue Regierung den politischen Westen, der sich gerade in Afghanistan eine gefährliche, vielleicht fatale Blöße gegeben hat, nicht gemeinsam mit europäischen Partnern, auch Großbritannien, Kanada und allen voran den USA durch kluge und entschiedene Politik wiederzubeleben imstande sieht, wird auch Udenkbares denkbar.

Deutschland und Europa stehen in zahlreichen kleinen und großen Fragen auf dem Prüfstand. Strategische Orientierung und entschlossene demokratische Führung werden dringend gebraucht. Eine personell und materiell gut ausgestattete öffentliche Verwaltung mit attraktiven Arbeitsbedingungen gehört auf allen europäischen Ebenen, von der Kommune bis zur EU selbst, zu den Grundvoraussetzungen für eine einigermaßen sichere Zukunft auf der Grundlage der nach 1945 erreichten zivilisatorischen Fortschritte.



69. Europäischer Wettbewerb 2022

Nächster Halt: Nachhaltigkeit

Der 69. Europäische Wettbewerb steht ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Auch dieses Jahr haben Kinder und Jugendliche aller Altersklassen wieder die Möglichkeit, mit kreativen Beiträgen am europaweiten Wettbewerb teilzunehmen.

Diesmal geht es um nachhaltigen Konsum und Ernährung, Artenschutz, Kreislaufwirtschaft, Green Cities und Umweltschutz. Als Preise winken unter anderem die Teilnahme an internationalen Jugendseminaren, Einladungen von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Reisen nach Berlin.

Die Einreichungen werden bis Anfang Februar entgegengenommen. Weiterführende Informationen gibt es hier: www.ew2022.de

Der dbb unterstützt den Europäischen Wettbewerb als Mitglied des Netzwerks der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD)

Erwartungen an das neu gewählte Parlament

Die Covid-19-Pandemie stellt eine noch nie dagewesene Herausforderung für Deutschland und die EU dar. Die Krise ist ein Stresstest für die Funktionsfähigkeit des Staats und den europäischen Zusammenhalt. Durch die Pandemie wurden bestehende Ungleichheiten und gesellschaftliche Spannungen verstärkt, was potenziell langanhaltende Folgen für die soziale und politische Stabilität haben kann. Die Regierung wird sich noch lange mit der Bewältigung der Krise und ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen beschäftigen müssen. Die Aufgabe der nächsten Bundesregierung wird sein, die unmittelbare Erholung nach der Pandemie zu fördern und mit Blick auf den Klimaschutz den Wandel hin zu einem widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Wirtschaftsmodell voranzutreiben. Daneben werden die Gestaltung des digitalen Wandels und eine bessere digitale Infrastruktur zentrale Themen sein.

Der dbb hat in seinen aktuellen Stellungnahmen bereits deutlich gemacht, dass er die Festlegung von konkreten digitalpolitischen Zielen für 2030 und deren Umsetzung mit großem Interesse begleiten wird. Allerdings fordert der dbb in diesem Zusammenhang die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zeitnah konkrete Pläne vorzulegen, wie die Ziele bis 2030 erreicht werden sollen. Entscheidend werden nicht politische Versprechen, sondern deren Umsetzung sein. Dabei müssen aus Sicht des dbb die Öffentlichkeit und alle Sozialpartner von Anfang an umfassend beteiligt werden. Eine Beteiligung der Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit ist unabdingbar für eine erfolgreiche digitale Transformation. Teilhabe und Transparenz betrachtet der dbb als zentral für eine erfolgreiche digitale Transformation.

Der dbb formuliert darüber hinaus in einer EntschlieÙung seine grundsätzlichen europapolitischen Erwartungen an den neugewählten Deutschen Bundestag. So erwartet der dbb von den neugewählten Abgeordneten, dass sie ihr freies Mandat im Geiste der Präambel des deutschen Grundgesetzes ausüben. Die Präambel beschreibt ein in Frieden und Freiheit vereintes Europa als Staatsziel.

Im neuen Bundestag wird mit der AfD voraussichtlich erneut eine Partei vertreten sein, die die Abschaffung des Europäischen Parlaments fordert und sich in Teilen sogar für einen Austritt aus der Europäischen Union einsetzt beziehungsweise deren Zerstörung begrüÙen würde. Der dbb betrachtet politische Aktivitäten, die zur Abschaffung des Europäischen Parlaments oder gar zur Zerstörung der Europäischen Union führen sollen, als dem Geist des Grundgesetzes entgegenstehend und lehnt diese Form der Europagegnerschaft entschieden ab.

Für den dbb ist das Grundgesetz die Richtschnur der politischen Gewerkschaftsarbeit. Nationalistische Bestrebungen, die auf die Zerstörung der Europäischen Union abzielen, sind aus Sicht des dbb nicht mit dem Grundgesetzauftrag vereinbar, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Der dbb fordert den Bundestag auf, sich im Rahmen seiner Verantwortung für die europäische Integration und eine europäisch vernetzte, qualitativ hochwertige öffentliche Infrastruktur zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedstaaten einzusetzen. Außerdem müsse das Parlament stets auf die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes und die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes achten. Darüber hinaus untermauert der dbb sein Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit den demokratischen Fraktionen des Bundestages, um die deutsche und europäische Rechtssetzung zugunsten eines gut funktionierenden öffentlichen Dienstes zu beeinflussen.



© dbb, Jan Brenner, 2021

Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik: „Es steht außer Frage, dass die Gestaltung des digitalen Wandels eine zentrale Aufgabe der kommenden Bundesregierung sein wird. Wir begrüÙen Maßnahmen der EU - Insti-

tutionen und ihrer Mitgliedstaaten zur Förderung der digitalen Souveränität in der EU, um zum Beispiel unabhängiger von den amerikanischen Techgiganten aus dem Silicon Valley zu werden. Die digitale Souveränität der EU muss geschützt und ausgebaut werden, da sie die Grundvoraussetzung dafür ist, dass die gemeinsamen Werte der EU im digitalen Bereich gefördert sowie die Grundfreiheiten – einschließlich Datenschutz, Privatsphäre und Sicherheit – gewahrt werden. Das europäische Projekt GAIA X bewerte ich in diesem Zusammenhang als einen wichtigen Schritt in Richtung Datensouveränität für Europa.“

Fragen an die europapolitischen Obleute von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

Florian Hahn, CDU/CSU

Europathemen: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie Europa konfrontiert? Wie wollen Sie diese bestmöglich bewältigen?

Hahn: Die Europäische Union steht vor vielfältigen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt: Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel, weltweite Migrationsbewegungen, eine veränderte internationale Sicherheitslage sind dafür wichtige Beispiele. Dazu kommt nun die Bekämpfung der weltweiten Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen.

Vor allem die Pandemie und die Konflikte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben gezeigt, dass Entscheidungen schneller und entschlossener getroffen werden müssen. Mit der Einführung von Mehrheitsentscheidungen in zentralen Politikfeldern kann uns das gelingen. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass nicht alle 27 Mitgliedstaaten mit der gleichen Geschwindigkeit zusammenarbeiten wollen. Deshalb möchten wir die Zusammenarbeit derer voranbringen, die dazu willens sind. Wo keine gemeinsame Lösung aller möglich ist, setzen wir auf ein Europa der verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Verträge. Zudem müssen die Europäische Union und ihre Gesetzgebung handlungsfähiger, demokratischer und transparenter werden. Diesen Weg wollen wir weiter unterstützen. Möglichst viele europäische Vorgaben sollten den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen Ermessen einräumen, welches wir bürgerlich und wirtschaftsfreundlich anwenden wollen.

CDU und CSU treten auch in Zukunft für ein handlungsfähiges und starkes Europa ein. Europa muss endlich weltpolitikfähig werden, um international künftig eine Rolle spielen zu können und auf Augenhöhe mit anderen Großmächten zu bleiben. Gerade mit Blick auf China brauchen wir die EU, um ihr volles wirtschaftliches Gewicht hinter einen umfassenden Ansatz gegenüber China zu bringen. Zusammen mit den USA wäre dieses wirtschaftliche Gewicht, bestenfalls untermauert von einem neuen Freihandelsabkommen, noch stärker. Auch der Klimawandel muss dabei berücksichtigt werden, da er als Katalysator das Potential hat, bestehende Krisen und Konflikte an Europas Rändern zu verstärken. Klimapolitik ist auch Geopolitik und die EU spielt im Gegensatz zu anderen Bereichen hier eine weltweit führende Rolle.

Europathemen: Welche Maßnahmen erachten Sie als wichtig, dass Europa zukünftig handlungsfähig ist?

Hahn: Ebenso wie wir national ein Modernisierungsjahrzehnt brauchen, ist eine Dekade der Modernisierung in Europa notwendig. Um widerstandsfähig gegen Krisen zu sein, brauchen wir solide Haushalte. Wer in guten Zeiten Schulden macht, kann in schlechten Zeiten nicht gegensteuern. Deshalb wäre eine Schuldenunion aus unserer Sicht der völlig falsche Weg. Im Gegenteil, wir bestehen darauf, dass die Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrags nach der Corona-Pandemie zügig wieder in Kraft gesetzt und nicht aufgeweicht werden. Auch mit der Rückzahlung der Schulden für das Corona - Wiederaufbauprogramm muss noch in dieser Finanzperiode 2021-2027 begonnen werden, damit wir den kommenden Generationen keine zu hohen Schuldenberge hinterlassen.



Auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist angesichts der Verschärfung der globalen Rahmenbedingungen und des Aufstiegs von China wichtiger denn je. Europa kann es sich nicht leisten, in den wichtigen industriellen Zukunftsfeldern wie Biotech, Künstlicher Intelligenz oder autonomen Fahren abgehängt zu werden. Wir brauchen daher eine ambitionierte europäische Industriestrategie. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehört eine Anpassung des europäischen Wettbewerbs- und Beihilferechts, um Verzerrungen beim Handel und im Wettbewerb infolge von Staatssubventionen und Interventionen in anderen Teilen der Welt zu vermeiden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die Frage der Souveränität gehört zurück auf die Agenda der Politik. Die Europäische Union muss auch eine Souveränitätsunion werden und sich von vielfältigen Abhängigkeiten, sei es bei der Versorgung, beim Handel sowie bei innerer und äußerer Sicherheit, befreien.

Titel

Europathemen: Was erhoffen Sie sich von der Konferenz zur Zukunft Europas?

Hahn: Wir wollen die Konferenz zur Zukunft Europas für eine europäische Souveränitätsoffensive nutzen. Die Schlagkraft der Europäischen Union muss größer werden – und die Stimme Europas in der Welt klarer und deutlicher vernehmbar sein. Unsere Leitidee für die Konferenz ist daher einen Paradigmenwechsel von der Binnenorientierung hin zu einer Weltorientierung der EU. Dafür benötigt es aber eine ergebnisoffene und ehrliche Debatte, welches Wertefundament das Europa der 27 ausmacht und wohin wir die Europäische Union gemeinsam entwickelt wollen.

Gerade weil für CDU und CSU die europäische Einigung als Verfassungsauftrag nicht zur Disposition steht, sollten wir als überzeugte Europäerinnen und Europäer ehrliche Selbstkritik an der EU zulassen. Weder kritikloser Europajubel noch engstirniger Nationalismus und Isolationismus lösen die tatsächlichen Probleme der Zukunftsfähigkeit der EU. In ihrer jetzigen Struktur und ihrer politischen Praxis ist die EU den neuen Herausforderungen und den damit verbundenen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu oft nicht gewachsen.

Die Konferenz sollte für Bürgerinnen und Bürger sowie für alle wesentlichen Interessengruppen eine Gelegenheit sein, ihre Vision für die Zukunft Europas zu teilen. Es ist uns besonders wichtig, dass für den Prozess der Konferenz keine Themen vorgegeben werden, sondern viel mehr am Ende der Konferenz Politikfelder definiert werden, in denen mehr oder weniger europäisches Handeln notwendig und gewünscht ist.

Christian Petry, SPD

Europathemen: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie Europa konfrontiert? Wie wollen Sie diese bestmöglich bewältigen?

Petry: Die Europäische Union ist sowohl von innen als auch von außen herausgefordert. Im Binnenmarkt kämpfen wir seit der Finanz- und Eurokrise mit wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten, die eine Belastung für das europäische Versprechen von Sicherheit und Wohlstand sind. Die Corona-Pandemie ist eine zusätzliche Bürde. Sie erhöht den Druck, unser europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell weiterzuentwickeln. Mit dem Wiederaufbaufonds Next Generation EU, der solidarisch bei der Überwindung der Krisenfolgen hilft, vermeidet die EU die Fehler zu wiederholen, die in Folge der Finanzkrise gemacht worden sind.

Die Pandemie hat gezeigt, wie weit sich Lieferketten über die gesamte EU spannen, wie sehr die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten vernetzt sind und wie stark unsere Sicherheit und unser Wohlergehen von Entwicklungen in scheinbar weit von uns entfernten Regionen in der EU abhängen. Deshalb sehe ich mit Sorge, wie die Mitgliedstaaten weiterhin eifersüchtig ihre Kompetenzen verteidigen, etwa beim Gesundheitsschutz. Wenn wir nicht aufpassen, wiederholen wir die Fehler der Vergangenheit. Abschreckendes Beispiel ist der Grenzschutz. Es war klar, dass die EU bei Freizügigkeit im Inneren auch unmittelbare Befugnisse an den Grenzen nach außen braucht. Hier brauchte es erst die Flüchtlingskrise, bis die Mitgliedstaaten dazu bereit waren. Wir sollten es uns ersparen, immer wieder in die gleiche Falle zu tappen, nur aus Schaden klug zu werden.



Hinzu kommen die Herausforderungen von außen. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft häufen sich die Konflikte, wovon nicht zuletzt die Migrationsbewegungen zeugen. Wir stehen vor der Herausforderung, den Klimawandel und seine Folgen in den Griff zu bekommen. Die Pandemie und ihre Auswirkungen haben deutlich gemacht, wie abhängig wir in vielen Bereichen von Produzenten und Lieferanten außerhalb der EU sind. Und wir sind wirtschaftlich wie politisch herausgefordert, wenn wir unseren europäischen Lebensstil in einer Zeit sich weltweit neu ordnender Kräfteverhältnisse bewahren wollen. Um all diese Herausforderungen zu bewältigen, müssen wir uns in der EU aufeinander zubewegen. Wir sind nur gemeinsam stark.

Aber diese Gemeinsamkeit ist bedroht, unser Wertefundament in Gefahr. In einigen Mitgliedstaaten werden freiheitliche demokratische Grundrechte zunehmend beschnitten, was die EU als Rechtsgemeinschaft bedroht und gesellschaftliche Fronten verhärtet. Regelverstöße müssen allerdings konsequenter als bisher geahndet werden. Nur wenn klar ist,

dass für alle dieselben Regeln gelten, entsteht Zusammenhalt.

Europathemen: Welche Maßnahmen erachten Sie als wichtig, dass Europa zukünftig handlungsfähig ist?

Petry: Die Wirtschafts- und Währungsunion ist unvollständig. Zu einer gemeinsamen Geldpolitik gehört eine gemeinsame Fiskalpolitik. Der Wiederaufbaufonds Next Generation EU ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Als SPD wollen wir den Weg für eine Fiskalunion bereiten, in der die über EU eigene Einnahmequellen verfügt und mit diesen die aufgenommenen Schulden für den Fonds zurückzahlt. Wir brauchen politische Steuerungsmöglichkeiten, um Wohlstandgefälle zwischen Staaten zu verringern und die europäische Wirtschaft vom ungefesselten Spiel der Kräfte auf den Finanzmärkten befreien zu können. Zusätzlich brauchen wir Mindeststandards bei Löhnen und sozialer Absicherung, um Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. Da sollte die gleiche Logik gelten wie schon jetzt bei anderen Themen, wie etwa beim Umweltschutz. So wie der Wettbewerb fair und nicht zu Lasten unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgetragen werden darf, so sollte er nicht durch Dumpinglöhnen ausgefochten werden. Wer hier auf nationale Kompetenzen pocht und nicht einmal Mindeststandards zulassen will, riskiert den Zusammenhalt.

Mit Blick auf die internationalen Herausforderungen muss die Erkenntnis reifen, dass wir in der EU alle Schäden nehmen, wenn wir in außen- und sicherheitspolitischen Fragen vor allem durch die nationale Brille schauen. Wollen wir uns in einer sich neu sortierenden Welt behaupten, wiegt das gemeinsame europäische Interesse mehr, als einzelstaatliche Vorlieben. Wer mehr europäische Souveränität will, kann nicht ständig auf nationale Souveränität pochen. Deshalb kann man der Frage von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik nicht viel länger ausweichen.

Europathemen: Was erhoffen Sie sich von der Konferenz zur Zukunft Europas?

Petry: Ich erhoffe mir ein wiedererstarktes Bewusstsein für den Wert der europäischen Integration. Neben einer Chance zur Selbstvergewisserung kann die Zukunftskonferenz Gelegenheit sein zu prüfen, ob die EU die Instrumente hat, um die Aufgaben die bewältigen, die ihr zurecht mehr und mehr zugeschrieben werden. Nach Vorlage des Zwischenberichts im Frühjahr 2022 wünsche ich mir außerdem eine Verstärkung und Vertiefung der Debatten bis zur Europawahl 2024. Wenn der Gestaltungswille geweckt ist, steht einem hochwertigen Wettstreit der Ideen um die besten Lösungen für all die Herausforderungen, denen wir uns in der EU gegenübersehen, nichts im Wege. Auch wenn ich den Ergebnissen nicht vorgreifen will und kann, ist für mich persönlich ziemlich

klar, dass die EU ohne Vertragsveränderungen kaum all das wird erledigen können, was man von ihr erwartet.

Michael Link, FDP

Europathemen: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie Europa konfrontiert? Wie wollen Sie diese bestmöglich bewältigen?

Link: Die EU hat mit verschiedenen Herausforderungen zu kämpfen, die sie in nur geeint lösen kann. Zum einen befinden wir uns in einer strategischen Auseinandersetzung mit autoritären Staaten, die in der Welt von Morgen eine Ordnung etablieren möchten, die mit unseren Vorstellungen von Demokratie und der Freiheit des Individuums nichts gemein hat. Zum anderen stehen wir auch wirtschaftlich zunehmend in einer Systemrivalität mit China. „Wandel durch Handel“ führt mittlerweile viel zu oft zu einem vorauseilenden Einknicken im Angesicht autoritärer Mächte. Deshalb muss die EU mehr globale Gestaltungskraft entwickeln und darf sich nicht aufs reine Reagieren beschränken. Zum dritten fordern die rechtsnationalen Regierungen Polens und Ungarns mit ihrer autoritären Rechtsstaatspraxis den inneren Zusammenhalt der EU heraus. Auf Grundrechte darf es keinen regionalen „Rabatt“ geben. Der Rechtsstaatsmechanismus der EU muss sich jetzt in der Praxis bewähren.

Die EU muss effizienter und handlungsfähiger werden, damit sie diese Herausforderungen und viele weitere, wie den Klimawandel, den gewaltigen Migrationsdruck aber auch politischen Extremismus meistern kann. Sie sollte eine größere strategische Souveränität anstreben, damit sie in Zukunft ihre eigenen Interessen besser durchsetzen und in wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung, Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar ist. Dieser Schritt darf jedoch nicht zu Protektionismus oder zu einer Selbstisolation führen, sondern sollte das Gewicht der EU vergrößern. Den wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützt die EU am besten, wenn sie sich auf strukturelle Reformen konzentriert. Kreditfinanzierte Programme wie Next Generation EU müssen die absolute Ausnahme bleiben. Zur Bekämpfung besonders harter Folgen der Corona-Pandemie sind die Soforthilfen zwar wichtig, die EU-Mittel müssen allerdings zielgenau eingesetzt und an spezifische Konditionen gebunden werden. Zudem sollte sich die EU auf ihre Stärken konzentrieren: die Stärkung eines offenen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts und den Einsatz für Freihandelsabkommen und gegen Handelshemmnisse aller Art.

Europathemen: Welche Maßnahmen erachten Sie als wichtig, dass Europa zukünftig handlungsfähig ist?

Link: Ziel sämtlicher Maßnahmen sollte die Entwicklung hin zu einer EU sein, die ihre Prinzipien und Interessen schützt und sich autoritärem Machtstreben geschlossen entgegenstellt. Mit mutigen Reformen bei den Aufgaben, der Arbeitsweise und den Institutionen kann die EU die dafür notwendige Handlungsfähigkeit erlangen und ihre Effizienz steigern. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik fordern wir deshalb den Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und den Ausbau des Amtes des Hohen Vertreters zu einem vollwertigen EU-Außenminister. Ferner wollen wir den schrittweisen Aufbau einer europäischen Armee beginnen und den gemeinsamen Schutz unserer Außengrenzen sicherstellen. Die integrationswilligen Mitgliedsstaaten sollten für Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - in engstmöglicher Kooperation mit der NATO - auch gemeinsame militärische Fähigkeiten aufbauen.

Doch die EU muss den Blick auch nach innen richten und die eigenen Werte endlich kompromisslos verteidigen. Wer wie die polnische und ungarische Regierung die EU-Grundrechtecharta völlig ignoriert, sollte sich nicht weiter frei an EU-Geldern bedienen können. Stattdessen sollten als Konsequenz auf die Missachtung von Rechtsstaat und Grundrechten die Transferleistungen der Strukturfonds ausgesetzt oder gar gekürzt werden können. Desweiteren brauchen wir institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament sollte gestärkt



werden, Initiativrecht bekommen und teilweise über transnationale Listen gewählt werden. Die Europäische Kommission sollte hingegen verkleinert werden.

Europathemen: Was erhoffen Sie sich von der Konferenz zur Zukunft Europas?

Link: Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Chance, ihre Wünsche und Erwartungen zu formulieren und bei der Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union selbstbestimmt mitzuwirken.

Sie kann zum Leuchtturmprojekt für Bürgernähe und zum Impulsgeber für notwendige Reformen werden – wenn wir ihr Potenzial nutzen! Die Zukunftskonferenz darf nicht zu einer Scheinplattform verkommen, sondern sollte dem ins Stocken geratenen Integrationsprozess neuen Schwung verleihen und die Grundlage für einen echten Verfassungskonvent für Europa bilden.

Als FDP treten wir für einen Verfassungskonvent und die Schaffung einer bundesstaatlich verfassten EU ein. Ein solcher Schritt hin zu einem Bundesstaat gäbe der EU endlich eine eigene Staatlichkeit, aber mit gleichzeitig stark dezentraler und subsidiärer Prägung. Die EU überwände damit das heutige Stadium eines immer noch relativ lockeren Verbundes und vermiede gleichzeitig die Falle eines zentralisierenden Ansatzes. Aus unserer Sicht wäre dies der beste Weg, die EU in jenen Bereichen zusammenwachsen zu lassen, in denen wir Europa als auf Dauer angelegte politische Union brauchen, um die Selbstbehauptung Europas im 21. Jahrhundert zu gewährleisten.

Andrej Hunko, DIE LINKE

Europathemen: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie Europa konfrontiert? Wie wollen Sie diese bestmöglich bewältigen?

Hunko: Zwei der größten Herausforderungen für Europa sind zugleich auch globale Fragen: Die der enormen und wachsenden sozialen Ungleichheit und die Lösung der Klimakrise. Hinzu kommt meines Erachtens die zunehmende Konfrontation auf internationaler Ebene, vor allem gegenüber Russland und China. Dadurch wächst einerseits die Kriegsgefahr. Andererseits erschwert sie aber auch ungemein die notwendige Suche nach gemeinsamen Lösungen auf internationaler Ebene.

Die EU als wichtiger Teil Europas steht vor der Herausforderung ihrer eigenen politischen Krise. Der Konsens für die tiefere Integration ist lange dahin und doch bleibt die EU ein notwendiger Handlungsrahmen. Gleichzeitig hat sie aber grundsätzliche Legitimationsdefizite. Die EU hat seit Jahrzehnten den neoliberalen Umbau von Wirtschaft und Staat gefördert und gemeinsam mit nationalen Eliten Druck auf die sozialen Sicherungssysteme gemacht. Statt diesen Kurs fortzusetzen, muss sie endlich für die Menschen spürbaren sozialen Fortschritt generieren.

Die soziale Frage stellt sich konkret beim sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, also beim Green Deal der EU. Die darin formulierten Ziele sind nicht ausreichend und die Maßnahmen nicht geeignet, um den notwendigen Umbau zu erreichen. Die soziale Absicherung ist völlig unzureichend. Ohne eine gerechte Verteilung der Lasten und eine grund-

sätzliche soziale Sicherung der Menschen wird die politische Zustimmung nicht erreicht werden können. Die ökologische, soziale und politische Krise der EU könnte sich dann vertiefen. DIE LINKE fordert eine gerechte Besteuerung und Umverteilung in der gesamten EU, ein sozial-ökologisches Wirtschaftsprogramm mit einer echten Industriestrategie. Wir wollen die Stärkung sozialer Rechte, gerechte Mindestlöhne und soziale Mindeststandards.

Eine weitere Herausforderung für die EU sind die Beziehungen zu den USA und China. Die EU darf sich nicht in die Konstruktion einer neuen Blockkonfrontation einbinden lassen und sollte sich von den USA unabhängig machen. So könnte sie eine selbstständige und fortschrittliche Politik im internationalen Handel durchsetzen und in Fragen der digitalen Räume den Schutz der Nutzer:innen, der Arbeitnehmer:innen und ihrer Daten zur Grundlage machen. Nicht zuletzt sollte die Unabhängigkeit der EU eine friedliche Außenpolitik ermöglichen, die nicht auf der Durchsetzung von eigenen ökonomischen und geopolitischen Interessen, sondern auf der gemeinsamen Entwicklung im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der UNO und der Einhaltung der Menschenrechte basiert.



Europathemen: Welche Maßnahmen erachten Sie als wichtig, dass Europa zukünftig handlungsfähig ist?

Hunko: Für Gesamt-Europa sehe ich den Europarat mit seinen verbindlichen Konventionen, Kontrollfunktionen und dem Gerichtshof für Menschenrechte nach wie vor als zentral an, um Grundrechte in den 47 Mitgliedstaaten zu garantieren.

Betrachtet man nur die EU, dann wären strukturelle Veränderungen nötig. Um wirklich als EU handlungsfähig zu werden, müssten die nationalen Regierungen und ihre Eigeninteressen in einer Form überwunden werden, die der EU ausreichende demokratische Legitimierung gibt. Dies würde auf grundlegend andere EU-Verträge hinauslaufen, die die demokratischen und sozialen Defizite überwinden. Als Instru-

ment der (großen) Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen wird die Handlungsfähigkeit der EU sonst stets prekär bleiben und von den politischen Interessenlagen sowie der Kompromissfähigkeit der Regierungen abhängen.

Europathemen: Was erhoffen Sie sich von der Konferenz zur Zukunft Europas?

Hunko: Ich sehe die Zukunftskonferenz der EU mit einiger Skepsis. Ich befürchte, dass am Anfang viel zu hohe Erwartungen geschürt werden, auf die eine Enttäuschung folgen könnte. Denn am Ende dürfte die Beteiligung der Bürger:innen nicht den formulierten Ansprüchen genügen. Als Ergebnis der Konferenz werden wohl nicht die Maßnahmen ergriffen, mit denen die EU und die Mitgliedstaaten auf die sehr grundsätzlichen aktuellen Herausforderungen antworten müssten. Meine Hoffnung in die Konferenz wäre entsprechend, dass der Bedarf an grundlegenden Änderungen der Verträge in der öffentlichen Diskussion sichtbar würde. Die Bürger:innen sollten es den Regierungen nicht durchgehen lassen, wenn sie im Anschluss der Konferenz nur die bereits vorher geplanten Maßnahmen umsetzen, wie zum Beispiel die Einführung von Mehrheitsentscheidungen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Emanzipation der Bürger:innen von den institutionell vorgegebenen Strukturen und den geframten Diskussionen und die Entfesselung einer unabhängigen, tiefgreifenden Debatte und die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit wären eine Idealvorstellung, die sicher nicht erreicht werden wird. Aber die Erfahrungen und Konflikte in und um die Konferenz könnten dazu einen Beitrag leisten.

Franziska Brantner, Bündnis 90/Die Grünen

Europathemen: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie Europa konfrontiert? Wie wollen Sie diese bestmöglich bewältigen?

Brantner: Wir müssen erstens gemeinsam klimagerechten Wohlstand in Europa schaffen. Dafür müssen wir den Green Deal ambitioniert umsetzen, damit wir endlich von den Zielen zu den Maßnahmen kommen. Dafür hat die EU-Kommission mit dem „Fitfor55“-Paket nun einen wichtigen Schritt gemacht, wenn auch an ihrem Vorschlag vieles zu kritisieren ist. Die Mitgliedstaaten sollten jetzt schnell darauf reagieren, um das Pariser Abkommen und die europäischen Klimaziele einzuhalten und vor dem Weltklimagipfel ein wichtiges Zeichen zu setzen. Die EU kann als Vorreiterin neuen Märkte erschließen und neue Jobs schaffen sowie mit Drittstaaten in Klimapartnerschaften bei Forschung, Technologie und der Förderung erneuerbarer Energien zusammenarbeiten. Klimaschutz kann so zum europäischen Exportlager werden.

Zweitens wollen anti-liberale Kräfte und Parteien den Rechtsstaat und die Demokratie aushöhlen und die Europäische Integration rückabwickeln. Sie stellen Brüssel als Sün-

denbock dar und sehen die EU exklusiv als Transfer- statt als Werteunion. Die EU muss dem Einhalt gebieten und darauf bestehen, dass Demokratiezerstörer keine EU-Gelder mehr erhalten und alle Länder der EU mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren, damit EU-Gelder nicht in schwarzen Kanälen landen.

Europäische Werte, wie sie unter anderem in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Sozialcharta niedergelegt sind, müssen gelebt, nach innen und außen verteidigt werden und sie sind keine Verhandlungsmasse zu verscherbeln im Kurs von diplomatischen Verhandlungen. Diese Grundrechte müssen auch national einklagbar sein, damit sich alle EU-Bürger*innen darauf berufen können, egal, in welchem Land sie wohnen. Nur mit einem starken Fundament können wir die vielen weiteren großen Aufgaben gemeinsam bewältigen: Demographie, Migration, Digitalisierung.



© Florian Freurett, 2021

Europathemen: Welche Maßnahmen erachten Sie als wichtig, dass Europa zukünftig handlungsfähig ist?

Brantner: Wir müssen weg von der Einstimmigkeit in allen Politikbereichen, um Europa zu entfesseln. Es kann nicht sein, dass bei wichtigen Entscheidungen einzelne Staaten als Vetspieler aus eigenem Interesse die ganze EU ausbremsen. Im Zweifel müssen einige Mitgliedstaaten über eine verstärkte Zusammenarbeit vorangehen. So ist die EU schon oft in strittigen Fragen vorangekommen.

Wir brauchen große Investitionen, um unsere Wirtschaft und unser Leben zu digitalisieren und nachhaltig aufzustellen. Der Europäische Wiederaufbaufonds ist ein richtiger und wichtiger Schritt dazu. Wichtig ist aber, dass Gelder möglichst in gemeinsame Projekte fließen, in europäische Schienen-, Energie- und Datennetze, Forschung zu grünem Wasserstoff sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wir wollen den Aufbaufonds zu einem Zukunftsfonds im EU-Haushalt weiterentwickeln, der in die ökologisch-soziale Mo-

dernisierung Europas investiert - finanziert durch Eigeneinnahmen durch den Zertifikatehandel, Digital- und Transaktionssteuern sowie den Kampf gegen Steuerbetrug. Damit können wir EU-weit zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und vor allem mehr Ausbildungsplätze und Jobs für die junge Generation. Klimaschutz ist auch eine wichtige Dimension europäischer strategischer Souveränität. Wir brauchen dafür nachhaltige Klimapartnerschaften, um etwa Sonnenenergie und grünen Wasserstoff aus Nordafrika zu beziehen und über Technologietransfers Klimaschutz zum Exportschlager zu machen.

Beim Ausbau von 5G sollte Europa auf eigene Player wie Ericsson, Nokia und kleinere und mittlere europäische Anbieter setzen, damit wir Zukunftstechnologien sichern. Die EU muss einen eigenen Weg der Digitalisierung beschreiten, mit hohem Datenschutz und offenen Quellen. Aber wir sollten den USA anbieten, diesen Weg gemeinsam zu gehen, indem wir Datenkraken wie Facebook und Google regulieren und gemeinsame Standards setzen. Für unsere Gesundheit müssen wir die Herstellung medizinischer Produkte europäisch koordinieren und Lieferketten diversifizieren, um nicht von einzelnen Ländern abhängig zu sein.

Wir brauchen eine kohärente Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wir sollten uns darüber verständigen, wofür wir unser Geld ausgeben: Was sind unsere außenpolitischen Prioritäten und Ziele? Wo sind Schauplätze und Situationen, in denen wir agieren können, wollen und müssen! Wir müssen lernen, mit einer Stimme in der Außenpolitik zu sprechen damit unsere Stimme nicht zu überhören ist. Den Euro sollten wir zu einer internationalen Leitwährung ausbauen, die uns auch außenpolitisch mehr Gewicht und Spielraum verschafft.

Europathemen: Was erhoffen Sie sich von der Konferenz zur Zukunft Europas?

Brantner: Die EU braucht dringend Reformen, etwa das Mehrheitsprinzip in der Außen- und Sicherheits-, aber auch in der Steuerpolitik, damit nicht einzelne Länder Europa ausbremsen. Eine Stärkung des Europaparlaments, um Gesetze vorzuschlagen, mit transnationalen Wahllisten. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein Forum, um solche Reformen voranzubringen. Entscheidend ist, dass die Vorschläge, die Bürger*innen, Expert*innen und Politik entwickeln, auch umgesetzt werden, auch wenn das bedeutet, dass die EU-Verträge geändert werden.

Für uns stehen im Vordergrund Antworten für eine stärkere europäische Demokratie, mehr Rechtsstaatlichkeit und wirkungsvolle europäische Grundrechte für alle auf dem Weg in eine föderale europäische Republik. Nur so kann die EU künftig auch wirklich handlungsfähiger und souveräner werden.

Europapolitische Positionen aus den Wahlprogrammen der Parteien



CDU und CSU sehen in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm eine größere deutsche und europäische Unabhängigkeit und Sicherheit als Grundvoraussetzungen, um im globalen Systemwettbewerb bestehen zu können. Deswegen müsse Europa mit einer Stimme sprechen, um weltpolitikfähig zu werden. In einer geopolitisch immer unsichereren und komplexeren Welt müsse Europa im eigenen Interesse mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung für sich und die Welt übernehmen.

Im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion will die Union langfristig gemeinsame europäische Streitkräfte aufstellen. Dafür sollen die militärische Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte weiter verbessert, noch stärker vernetzt und gemeinsame europäische Einsatzfähigkeiten innerhalb und außerhalb der NATO ausgebaut werden.

CDU und CSU beabsichtigen mithilfe der Europäischen Rüstungsagentur und des Europäischen Verteidigungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und -beschaffung zu fördern. Außerdem soll die europäische Cyber-Brigade ausgebaut werden, „um Cyberattacken, Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können“. Mit Blick auf die Innere Sicherheit sieht die Union vor, dass die in unterschiedlichen Informationssystemen vorhandenen Daten so verknüpft werden können, damit die Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die von ihnen benötigten Informationen schnell zugreifen können. Dies soll zur Prävention von Anschlägen ebenso wie zur Strafverfolgung nach terroristischen Taten dienen.

Die Europäische Union soll die Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern von Flüchtenden weiter intensivieren und Fluchtursachen – wie etwa Armut – bekämpfen. Dazu sei insbesondere eine umfassende Partnerschaft mit Afrika und eine aktive Stabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten notwendig. Außerdem soll das Gemeinsame Europäische Asylsystem grundlegend reformiert werden. Die Union fordert die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen, in denen geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt oder nicht.

In ihrem Wahlprogramm befürworten CDU und CSU, dass sich die EU auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten

sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards konzentriert. Eine europäische Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung lehnt die Union mit der Begründung ab, dass die sozialen Sicherungssysteme in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind.

Die Unions-Parteien wollen die Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen und die Portabilität von betrieblicher Altersvorsorge zwischen EU-Mitgliedstaaten verbessern, um die Arbeitnehmermobilität weiter zu fördern.



Die SPD will Europa durch Investitionen in die gemeinsame Wirtschafts- und Innovationskraft stärken und so als den „modernsten, sozialsten, nachhaltigsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt“ sichern. So soll die Voraussetzung für ein souveränes Europa geschaffen werden, welches sich für eine „gerechtere, friedlichere und nachhaltigere Welt einsetzt“.

Die Sozialdemokraten setzen sich in ihrem Wahlprogramm außerdem für ein neu geordnetes Wettbewerbs- und Beihilferecht in der Europäischen Union ein, durch welches Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen verringert werden sollen. Im Einklang mit den europäischen Klimazielen will die SPD das CO₂-Minderungsziel für 2030 auf 65 Prozent anheben und für 2040 ein Minderungsziel von 88 Prozent festschreiben. Die SPD beabsichtigt ferner, „dass aus dem Wiederaufbaufonds ein dauerhafter Integrationsfortschritt wird“ und sieht vor, innere Handlungsblockaden der EU abzubauen und die äußere Handlungsautonomie fortzuentwickeln.

Im Wahlprogramm der SPD heißt es, dass eine krisenfeste EU fiskalpolitisch handlungsfähig sein müsse und sich zu einer „echten Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion“ weiterentwickeln soll. Staaten und Steuerzahler sollen zukünftig wirksam vor Bankenpleiten geschützt werden. Zusammen mit der Kapitalmarktunion soll durch die Vollendung der Bankenunion ein europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden, der die wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen sicherstellt. Um „die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten“, will sich die SPD für eine Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO₂-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel einsetzen.

Titel

Die Sozialdemokraten unterstützen, dass Europa eine Vorreiterrolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung sowie zum Schutz von Menschenrechten einnimmt. Die EU-Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe sollen erhöht werden.

Damit die EU eigenständiger agieren kann, soll sie eine höhere Handlungsfähigkeit erhalten. Grundlegend dafür sieht die SPD die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik – statt des jetzigen Einstimmigkeitsprinzips. Auch das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik soll langfristig zu einem EU-Außenminister weiterentwickelt werden. Die SPD will eine gemeinsame Ausrichtung der globalen Entwicklungszusammenarbeit und eine Bündelung der Kräfte in Europa.

Die Partnerschaft zwischen Europa und den USA möchte die SPD grundsätzlich stärken und die Zusammenarbeit bei Themen wie Klimaschutz, globaler Gesundheitspolitik, Handel, Abrüstung und Sicherheitsfragen intensivieren.



Die AfD bekennt sich „zu einem Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten, die auf all jenen Gebieten zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können“. Eine „staatsähnliche Europäische Union“, wie sie von den etablierten Parteien angestrebt werde, hält die AfD für kontraproduktiv. Im AfD Wahlprogramm heißt es, dass eine Gruppe benachbarter Staaten sehr gut auf völkerrechtlicher Basis konstruktiv und friedlich kooperieren könne. Der Versuch jedoch, aus derzeit 27 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Gesamtstaat zu bilden, müsse scheitern. Ein solches Gebilde verfüge weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten seien.

Eine Union europäischer Staaten werde nur dann eine Zukunft haben, wenn es gelänge, dem sich immer schneller drehenden Rad der „Entdemokratisierung“ und Zentralisierung in die Speichen zu greifen, bevor die heutige EU durch die „Pervertierung ihrer Gründungs idee“ an sich selbst zugrunde gehe. Außerdem betont die AfD, dass „die wirtschaftsgeschichtlich ungewöhnliche Idee einer Einheitswährung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte

Staaten“ gescheitert sei. Es handele sich um eine politische Wunschvorstellung, die mit ökonomischen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen sei.

Mit der Einführung des Corona-Wiederaufbaupakts sei „die Transferunion in eine neue Dimension gehoben“ worden. Diese Transferunion stehe nicht nur im Widerspruch zu den europäischen Verträgen und den Versprechen der deutschen Politiker, sondern werde den Abstieg aller europäischen Volkswirtschaften und Konflikte zwischen den Staaten zur Folge haben.

Ein vergleichbares Versagen zeige die EU in der jahrelang anhaltenden Migrationskrise. Auch das Krisenmanagement in der Corona-Krise sei verheerend gewesen. Die Fehlentwicklungen in der Klima- und Energiepolitik treibe die EU durch unvorstellbar kostspielige Gesetzes- und Subventionspakete voran. Das langfristige Unheil dieser „Verschuldungs- und Umverteilungs-Eskapaden“ werde vor allem den deutschen Steuerzahler treffen.

Die AfD erklärt, sie erkenne nicht, dass sich ihre „grundlegenden Reformansätze“ in der EU verwirklichen ließen. Deshalb plädiert sie für einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer „neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“.



Die FDP will eine „faire europäische Wettbewerbsordnung schaffen, die auch internationale Standards setzt“. Sie sieht für junge und mittelständische Unternehmen einen Bedarf für bessere Wettbewerbsbedingungen, besonders im Bereich der Digitalwirtschaft. Die Konzentration von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen behindert laut FDP echten Wettbewerb und Innovation. Da dies den Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Zukunftsfähigkeit des Standorts schade, wendet sich die FDP gegen die politische Förderung von „nationalen Champions“.

Die FDP unterstützt die Pläne zur Schaffung eines Digital Markets Act, mit dem eine das Kartellrecht ergänzende europäische Regulierung für Gatekeeper-Unternehmen geschaffen werden soll.

Außerdem fordern die Freien Demokraten die Gründung einer European Digital University (EDU). Durch eine solche EDU sollen die verbleibenden Grenzen der Bildungsmobilität

überwunden werden und „Menschen unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation, ihrer sozialen und geografischen Lage die Teilnahme an weltbesten Lehre und akademischer Weiterbildung“ ermöglicht werden.

Die FDP spricht sich für einen europäischen digitalen Binnenmarkt aus. Regulierungsbedingte Barrieren will die FDP abbauen, ohne die Vertragsfreiheit in Frage zu stellen.

Die Freien Demokraten fordern, „Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen“. Die Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen gemeinsam ausgewertet und Einsätze der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Gefährder-Definitionen und Datenbanken sollen auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden und kompatibel sein.

Nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas will die FDP einen Verfassungskonvent einberufen. Dieser Konvent soll aus Sicht der FDP eine dezentral und föderal verfassten Union eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtokatalog und starken Institutionen geben. Über die neue Europäische Verfassung sollen die Bürgerinnen und Bürger in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung entscheiden und damit die Grundlage für einen föderal und dezentral verfassten Europäischen Bundesstaat schaffen.

Ferner wollen die Freien Demokraten eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, „die den Namen auch verdient“. Die EU müsse international schneller handlungsfähig sein und nach außen mit einer Stimme sprechen. Die FDP fordert deshalb, dass die Einstimmigkeit im EU-Ministerrat in die qualifizierte Mehrheit überführt wird. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik müsse so gestärkt werden, dass er zukünftig als vollwertiger „EU-Außenminister“ agieren kann.

Die FDP will den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Dazu strebt sie eine schrittweise engere Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen EU-Mitgliedsländer an. Ziel sei die Schaffung einer Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen europäischen Armee.

Zudem wollen die Freien Demokraten die europäische Handlungsfähigkeit sowie den Zusammenhalt der NATO stärken und so dazu beitragen, „die besonderen Beziehungen zwischen Europa und den USA auf eine Grundlage zu stellen, die den aktuellen geopolitischen Umbrüchen Rechnung trägt“.

DIE LINKE.

Die Linke fordert einen europäischen Paradigmenwechsel: „Weg von Kürzungen, Freihandelsabkommen und Marktliberalismus hin zu öffentlichen Investitionen, grenzübergreifender Kooperation und Solidarität. Weg von Aufrüstung, hin zu sinnvollen Investitionen und konsequenter Entspannungs- und Friedenspolitik.“

Die Linke unterstützt eine EU, die sich „für ein System der internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe einsetzt.“ Angesichts der Konfrontation zwischen Russland, China und den USA brauche man eine EU, deren Außenpolitik von friedlicher Kooperation geprägt sei und nicht von der gewalttätigen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. In ihrem Wahlprogramm betont die Linke, dass die Verträge von Maastricht und Lissabon den Neoliberalismus in die Grundlagen der Union eingeschrieben hätten. Sie fordert neue Verträge, „um die EU sozialer, gerechter und ökologischer zu machen“.

Die Anhebung des Treibhausgasminderungsziels der EU von 40 auf 55 Prozent gegenüber 1990 erachtet die Linke als zu niedrig, um kompatibel mit dem Pariser Klimaschutzabkommen zu sein. Ihr Bestreben ist es, die EU bis spätestens 2040 klimaneutral zu machen. Außerdem beabsichtigt die Linke, den Just Transition Fonds zu stärken. Er solle Menschen, die in Bereichen wie Bergbau und klimaschädlichen Industrien tätig sind, vor allem in benachteiligten Regionen, sozial absichern und ihnen neue berufliche Perspektiven eröffnen.

Um Massenerwerbslosigkeit und Armut zu bekämpfen, brauche es „eine konsequente europäische Vollbeschäftigungspolitik und eine echte Industriestrategie“. Sie müsse Klimaneutralität zum Ziel haben und vor allem deindustrialisierten Regionen eine Zukunft geben. Die Linke fordert europäische soziale Rechte und Mindestlöhne, die die Existenz sichern. Im Wahlprogramm heißt es, dass das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ rechtlich verankert werden müsse, um Lohndumping zu unterbinden. Die Linke beabsichtigt, „dass Mitbestimmungsrechte und Rechte von Gewerkschaften wie Beschäftigten wiederhergestellt und ausgebaut werden“.

Die Linke möchte ferner die EU-Rüstungsagentur abschaffen und setzt sich für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten ein. Exporte in autoritäre „Regime“ wie Ägypten und die Türkei sollen sofort gestoppt werden. Sie lehnt die Pläne zu einer europäischen Verteidigungsunion und einer stärkeren Kooperation von EU und NATO-Kooperation ab. Der Ausbau einer „Verteidigungsunion“ oder „Militärunion“ mit eigen-

ständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führe nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern sichere nur Konzerninteressen militärisch ab.

Den von der EU-Kommission angestrebte Migrationspakt lehnt die Linke ab, da dieser weiter auf Abschottung, Abschiebung und Entrechtung zielt.



Das Ziel von Bündnis90/Die Grünen ist eine „demokratisch gestärkte EU, die zusammenhält, voranschreitet und ihr ganzes Gewicht gegen den Klimawandel und das Artensterben in die Waagschale wirft“.

Die Grünen setzen sich für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung des Green Deal auf allen Ebenen ein. Im Wahlprogramm heißt es, dass die Partei weiter Druck mache, damit die ökologische Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. Dafür wollen die Grünen den Just Transition Fund aufstocken und ausbauen. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen sie dafür, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal und des Pariser Klimaabkommens gestellt werden. In der Handelspolitik wollen die Grünen Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

Mit einem nachhaltigen Investitionsfonds soll die EU ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhalten. Der Fonds stabilisiere im Krisenfall und investiere in europäische öffentliche Güter wie Klima, Forschung, digitale Infrastruktur, Eisenbahn und Bildung. Er müsse so gestaltet werden, dass er im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden könne und eine starke Kontrolle durch das Europaparlament sichergestellt sei.

Die Grünen wollen, „dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen“. Dafür brauche es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, die

Abschaffung der sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, eine bessere Regulierung der Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.

Die Grünen wollen sich auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung für arbeitssuchende „EU-Bürger*innen“ einsetzen und „Arbeitnehmer*innen“ aus anderen EU-Staaten besser über ihre Rechte informieren.

Im Wahlprogramm von Bündnis90/Die Grünen heißt es, dass soziale Rechte den gleichen Stellenwert erhalten müssen wie die wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür seien gemeinsame europäische Arbeits- und Sozialstandards essenziell. Die Grünen wollen sich für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie einsetzen, „die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation“. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in der EU dafür sorgen, „dass Menschen von ihrer Arbeit leben können“. Das in der Corona-Krise eingeführte europäische Kurzarbeitsprogramm wollen die Grünen verstetigen. Zur Stabilisierung im Falle von Krisen setzen sie sich für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ein.

Außerdem wollen die Grünen die Europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in grenzüberschreitenden Unternehmen „durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte Sanktionen“ weiter absichern. Das langfristige Ziel der Partei ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.

Die Grünen setzen sich ferner für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz ein. So befürworten sie gemeinsame europäische Polizeiteams, eine „Aufwertung“ von Europol zu einem Europäischen Kriminalamt sowie eine engere justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, auch mit Hilfe von Eurojust und die Bekämpfung von Betrug zu Lasten der EU-Finzen mit dem EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft.

Zudem wollen die Grünen die Europäische Bürgerinitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der „Bürger*innen“ und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen „Bürger*innen“ die Einberufung von Europäischen Zukunftskonferenzen oder „Bürger*innenräten“ fordern können, von denen auch eine Reform der Verträge angeregt werden könne.

Zwangsarbeit in Lieferketten

Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) veröffentlichten am 13. Juli Leitlinien für Sorgfaltspflichten der europäischen Unternehmen gegen Zwangsarbeit. Die Unternehmen sind gehalten, Zwangsarbeit aus ihren Wertschöpfungsketten zu beseitigen. EU-Vizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis erklärte dazu: „In der Welt gibt es keinen Platz für Zwangsarbeit. Die Kommission ist entschlossen, diese Schande im Rahmen unserer umfassenderen Bemühungen um die Verteidigung der Menschenrechte auszumerzen.“ Bundestag und Bundesrat beschlossen bereits im Juni ein deutsches „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“. Den Gesetzgebern auf deutscher und europäischer Ebene geht es dabei nicht um die weltweite Durchsetzung europäischer Sozialstandards, sondern um die Einhaltung international geltender Menschenrechte.

>>> Mehr

Sichere Kommunikationsnetze für Europa

Ende Juli unterzeichnete Irland als letztes EU-Mitglied die Erklärung für eine sichere Quantenkommunikationsinfrastruktur (EuroQCI). Die EU-Kommission wird diese nun in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Weltraumorganisation aufbauen. EuroQCI ist eine Schlüsselkomponente für sichere Konnektivität und Europas digitale Souveränität. „Hochleistungsfähige, sichere Kommunikationsnetze werden in den kommenden Jahren entscheidend sein, um die europäischen Cybersicherheitsanforderungen zu erfüllen“, erklärte die Kommission. Die Quantenverschlüsselung gilt als hochsicher. Sie soll besonders in der öffentlichen Verwaltung und in sensiblen Infrastrukturen zur Anwendung kommen. Das System soll bis 2027 voll funktionsfähig sein.

>>> Mehr

Allianzen für Halbleiter und Cloud-Technik

Alle modernen elektronischen Geräte und Maschinen sind auf Mikrochips und Prozessoren angewiesen. Aktuell gibt es aber Engpässe auf dem Weltmarkt, was die für die Chip-Herstellung grundlegenden Halbleiter angeht. Die Kommission hat deshalb im Juli eine Industrieallianz für Halbleiter ins Leben gerufen. Eine weitere neue Allianz betrifft die Cloud- und Edge-Technik beziehungsweise Daten. Die Allianzen sollen Unternehmen, Vertreter der Mitgliedstaaten, Hochschu-

len, Anwender sowie Forschungs- und Technologieeinrichtungen zusammenbringen. Verfügt Europa über keine eigene Cloud- und Edge-Technik, unterliegen seine Daten, gleich ob industrielle oder öffentlich-rechtliche, möglicherweise der Kontrolle und dem Zugriff ausländischer Behörden. Der Status Quo bringt nicht nur Gefahren für die europäische Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch für Europas Sicherheit mit sich.

>>> Mehr

Pakt für Forschung und Innovation

Die EU-Kommission hat den Regierungen einen Pakt für Forschung und Innovation vorgeschlagen. Der Pakt soll den europäischen Forschungsraum (EFR) mit Zielen für Investitionen und Reformen unterstützen. Die Mitgliedstaaten sollen sich künftig auf einer europäischen Plattform über bewährte Verfahren zur Stärkung von Forschung und Innovation austauschen. Die für Digitalisierung zuständige Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, sagte dazu: „Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Forschungs- und Innovationsleistungen, die schnell Ergebnisse auf den Markt bringen, zu vereinen. Sie hat uns gezeigt, wie wichtig Investitionen in gemeinsam vereinbarte strategische Prioritäten zwischen den Mitgliedstaaten und der EU sind.“ Die Kommission strebt eine bessere Koordinierung der europäischen Innovationsziele an und spricht sich für mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung aus.

>>> Mehr

Dekarbonisierung der Wirtschaft

Auch die EU investiert in Forschung und Entwicklung. Ende Juli flossen erstmals Mittel aus dem neu eingerichteten Innovationsfonds in 32 innovative Projekte in 14 Mitgliedstaaten, Island und Norwegen. Mit den insgesamt 118 Millionen Euro werden Projekte unterstützt, die an der Entwicklung CO₂-armer Technologien wie etwa Wasserstoff oder Energiespeicherung arbeiten. Frans Timmermans, Vizepräsident der Kommission erklärte am 27. Juli: „Mit diesen Investitionen leistet die EU konkrete Unterstützung für Projekte im Bereich saubere Technologien in ganz Europa, um technologische Lösungen auszubauen, die zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 beitragen können.“ Die ausgewählten Projekte decken ein breites Spektrum relevanter Sektoren ab, um verschiedene Teile der europäischen Industrie und Energiewirtschaft zu dekarbonisieren.

>>> Mehr

Klimaverträgliche Infrastrukturprojekte

Am 29. Juli veröffentlichte die EU-Kommission neue Leitlinien für klimaverträgliche Infrastrukturprojekte. Die Leitlinien sollen dazu beitragen, Klimaerwägungen durchgehend zu berücksichtigen. Auf diese Weise sollen institutionelle Anleger und private Investoren fundierte Entscheidungen über Projekte treffen können, die mit dem Übereinkommen von Paris und den Klimazielen der EU vereinbar sind. Die Leitlinien helfen also, den europäischen Grünen Deal umzusetzen. Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 reduziert und bis 2050 auf Nettonull zurückgeführt werden. Von 2050 an müssen also Emissionen durch Einsparungen oder Speicherung ausgeglichen werden. Zu berücksichtigen sind auch die Folgen der Erderwärmung für Vermögenswerte und Infrastrukturen, mit anderen Worten die „Klimaresilienz“. Ein Beispiel ist etwa die Wärmetoleranz von Bahngleisen. So beinhalten die Leitlinien Grundsätze und Verfahren für die Ermittlung, Klassifizierung und Bewältigung physischer Klimarisiken bei der Planung, Entwicklung, Durchführung und Überwachung von Infrastrukturprojekten und -programmen.

>>> Mehr

EU-Hilfe für Flutschäden in Deutschland

Deutschland kann auf den Europäischen Solidaritätsfonds zurückgreifen, erklärte die Kommission umgehend in Reaktion auf die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Der zuständige EU-Kommissar, Janez Lenarčič, sagte am 25. Juli gegenüber der WELT AM SONNTAG, der Solidaritätsfonds könne auf Antrag eines Mitgliedslandes einen Teil der Kosten übernehmen, die den Behörden bei Notfalleinsätzen und beim Wiederaufbau entstehen. Damit können beispielsweise Kosten für den Wiederaufbau wichtiger Infrastruktur, für Aufräumarbeiten, aber auch den Schutz von bedeutenden Kulturgütern übernommen werden. Der europäische Solidaritätsfonds war im Jahr 2002 aus Anlass der schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa eingerichtet worden. Als Reaktion auf die Pandemie wurde der Anwendungsbereich jüngst auf schwere öffentliche Gesundheitsnotstände ausgeweitet. Deutschland hat seit 2002 insgesamt eine Milliarde Euro aus dem Solidaritätsfonds erhalten. Insgesamt wurden EU-Staaten rund fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

>>> Mehr

Waldbrände in Südeuropa

Im Juli und August brannten angesichts historischer Hitzerekorde vielerorts die Wälder in Süd- und Südosteuropa. Besonders schlimm war die Lage in Griechenland, auf dem Balkan und in der Türkei. Die EU koordinierte die europäische Unterstützung bei der Brandbekämpfung. Löschflugzeuge und Helikopter sowie Feuerwehrleute aus vielen EU-Staaten kamen in den betroffenen Regionen zum Einsatz. So entsandte etwa Slowenien 45 Feuerwehrleute nach Nordmazedonien. Niederländische Hubschrauber halfen in Albanien, französische Löschflugzeuge in Italien. Der für den Katastrophenschutz zuständige Kommissar, Janez Lenarčič, erklärte: „In dieser Zeit, in der mehrere Mittelmeerländer mit Bränden konfrontiert sind, sorgt der EU Katastrophenschutz dafür, dass unsere vorhandenen Brandbekämpfungsinstrumente mit maximaler Kapazität eingesetzt werden.“ Dies sei ein hervorragendes Beispiel für die Solidarität der EU in Zeiten der Not. Das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen stand rund um die Uhr in Verbindung mit den nationalen Behörden.

>>> Mehr

Europäische Bürgerinitiative „ReturnthePlastics“

Am 13. August registrierte die Kommission eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) „ReturnthePlastics“. Die EBI hat die Einführung eines EU-weiten Pfandsystems für das Recycling von Kunststoffflaschen zum Ziel. Die Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, einen Rechtsakt vorzulegen, um ein solches Pfandsystem verbindlich einzuführen. Damit soll eine Kunststoffabgabe für Flaschen eingeführt werden. Die Supermärkte sollen Annahmestellen einrichten. Nach der Registrierung müssen die Organisatoren der EBI mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Sie benötigen binnen Jahresfrist eine Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten. Gelingt ihnen dies, muss die Kommission reagieren, entweder eine Rechtssetzung einleiten oder begründen, warum sie dies nicht tut. Die EBI wurde 2007/2009 mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt und trat 2012 in Kraft. Sie ist eine Art Bürgerbegehren auf EU-Ebene. Bislang sind bei der Kommission 107 Anträge auf Registrierung einer EBI eingegangen, von denen 82 zulässig waren und somit registriert werden konnten.

>>> Mehr

Maßnahmen für hochwertige Bildung

Die EU-Kommission verstärkt Maßnahmen für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung. Am 5. August schlug sie dem Rat und damit den Regierungen der Mitgliedstaaten vor, eine entsprechende Empfehlung zu verabschieden. Der Vorschlag sieht mehr integriertes Lernen vor, also die Kombination von Präsenzunterricht mit dem Lernen in anderen Umgebungen wie beispielsweise Unternehmen, Bildungszentren oder kulturellen Stätten, aber auch im digitalen Fernunterricht. Bildungskommissarin Mariya Gabriel erklärte dazu: „Unsere Vision einer hochwertigen und inklusiveren allgemeinen und beruflichen Bildung ist keineswegs nur vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie zu sehen. Aber die aktuelle Situation bietet uns die Gelegenheit, zu lernen und auf Basis unserer jüngsten Erfahrungen Fortschritte zu erzielen. Mit dem heutigen Vorschlag skizzieren wir unsere Vorstellungen davon, wie Bildung in Europa künftig aussehen sollte - im Einklang mit den allgemeinen Zielen des Europäischen Bildungsraums und des Aktionsplans für digitale Bildung für eine hochwertige, inklusive, grüne und digitale Bildung in ganz Europa. Die Empfehlung soll den Mitgliedstaaten dabei helfen, ihre Bildungssysteme so zu gestalten, dass sie für alle Situationen gerüstet und auf die Menschen ausgerichtet sind – zum Nutzen der Schülerinnen und Schüler, ihrer Familien und des pädagogischen Personals.“

>>> [Mehr](#)

Kommission genehmigt Beihilfen für die Bahn

Die EU-Kommission genehmigte am 10. August eine mit 550 Millionen Euro ausgestattete Kapitalzuführung Deutschlands zur Unterstützung der Deutsche Bahn AG. Diese staatliche Unterstützung stehe in Einklang mit den europäischen Beihilfenvorschriften. Die Bahn erhielt damit rechtmäßig einen Ausgleich für die Schäden, die ihrer Tochtergesellschaft DB Fernverkehr aufgrund der Pandemie entstanden sind. Die für Wettbewerb zuständige Kommissarin, Margrethe Vestager, erklärte, die Kommission arbeite eng mit Deutschland und allen anderen Mitgliedstaaten zusammen, um sicherzustellen, dass nationale Maßnahmen zur Unterstützung aller von der Krise betroffenen Wirtschaftszweige, einschließlich des Schienenverkehrs, so schnell wie möglich umgesetzt werden können.

>>> [Mehr](#)

Klagen wegen Grundrechtsverletzungen

Am 7. Juli erklärte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen: „Europa wird es nie zulassen, dass Teile seiner Gesellschaft stigmatisiert werden: wegen der Person, die sie lieben, wegen ihres Alters, wegen ihrer politischen Meinungen oder wegen ihrer religiösen Überzeugungen.“ Eine gute Woche später eröffnete die Kommission vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klageverfahren gegen Polen und Ungarn. Gegen beide EU-Staaten wird der Vorwurf erhoben, Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Die EU-Kommission stellte klar fest, dass die Gleichheit und die Achtung der Würde und der Menschenrechte Grundwerte der EU sind, an die alle Mitgliedstaaten sich halten müssen. „Die Kommission wird alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen, um diese Werte zu verteidigen.“ Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn bezieht sich auf ein jüngst verabschiedetes ungarisches Gesetz, das den Zugang Minderjähriger zu Inhalten verbietet, die Homosexualität zum Gegenstand haben. Homosexualität wird von ungarischen Regierungsvertretern mit schwersten Sexualverbrechen gegen Kinder gleichgesetzt. Im Fall von Polen ist die Kommission der Auffassung, dass die polnischen Behörden nicht angemessen auf die Einrichtung von sogenannten „LGBT-freien Zonen“ in mehreren polnischen Regionen reagiert haben. Beiden EU-Staaten drohen empfindliche Geldstrafen.

>>> [Mehr](#)

Neuer Impfstoff gegen COVID-19

Die Europäische Kommission gab am 4. August den Abschluss einer neuen vertraglichen Abnahmegarantie mit einem Pharmaunternehmen bekannt. Im Rahmen dieses Vertrags können die Mitgliedstaaten bis zu 100 Millionen Dosen des Novavax-Impfstoffs ankaufen, wobei in den Jahren 2021, 2022 und 2023 eine Option für 100 Millionen weitere Dosen besteht, sobald die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) den Impfstoff überprüft und für sicher und wirksam befunden hat. Der Vertrag ergänzt das Portfolio an Impfstoffen, die in Europa produziert werden sollen; es umfasst die bereits unterzeichneten Verträge mit AstraZeneca, Sanofi-GSK, Janssen Pharmaceutica NV, BioNTech-Pfizer, CureVac und Moderna sowie die erfolgreichen Vorgespräche mit Valneva. Die Kommission erklärte, dies sei ein weiterer wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass Europa gut für die COVID-19-Pandemie gerüstet ist.

>>> [Mehr](#)

Neues aus dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Anpassung an den Klimawandel

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) erklärte am 30. Juli seine volle Unterstützung für das Ziel der EU-Kommission, bis 2050 Klimaneutralität und mehr Klimaresilienz zu erreichen. Besonders die Anpassung an die bereits unvermeidlichen Folgen der Erderwärmung erscheint dringlich. Die Flutkatastrophe in Deutschland, Belgien und den Niederlanden verdeutlicht dies ebenso wie die Waldbrände im Mittelmeerraum. Das beratende EU-Organ und die in ihm vertretene organisierte Zivilgesellschaft fordern eine angemessene Finanzierung zur Unterstützung der Klimaziele. Der EWSA unterstützt die Strategie der Kommission, unterstreicht in seiner Stellungnahme die Wichtigkeit von klaren Zielsetzungen, um die erreichten Fortschritte überprüfen zu können. Besondere Beachtung findet in der EWSA-Stellungnahme der Übergang zu einer europäischen Kreislaufwirtschaft. Der Berichterstatter Dimitris Dimitriadis sagte, die EU brauche eine Politik für nachhaltige Innovationen, Investitionen und Handel.

>>> [Mehr](#)

Migration und EU-Außenpolitik

Das Plenum des EWSA diskutierte am 22. Juli die geopolitische Dimension der Migrationsbewegungen nach Europa. Die europäische Politik müsse konstruktive Ansätze suchen, um der Herausforderung gerecht zu werden. Die demographische Entwicklung Europas mache eine geordnete Zuwanderung notwendig, stellte eine Vertreterin der Europäischen Kommission fest. Der EU fehle es an einer nachhaltigen Strategie, besonders mit Blick auf Afrika, zeigten sich EWSA-Mitglieder überzeugt. Die Instabilität der Sahelzone könne weitere große Migrationsbewegungen auslösen. Ola Hendrikson, Regionaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration (IOM), mahnte Partnerschaften mit den Herkunftsländern an, um reguläre Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die Diskussion fand vor der blitzartigen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan statt.

>>> [Mehr](#)

Kampf gegen die Armut von Kindern

In seiner am 22. Juli verabschiedeten Stellungnahme zu zwei Initiativen der EU-Kommission für Kinderrechte unterstrich der EWSA die Notwendigkeit rechtsverbindlicher Regelungen. Der Kampf gegen die Armut, Diskriminierung und den

sozialen Ausschluss von Kindern erfordere einen ganzheitlichen Ansatz und europäische Koordination. Das Ziel der Beseitigung von Kinderarmut müsse in allen Politiken beziehungsweise in der Gesetzesfolgenabschätzung mitbedacht werden. Die EU solle sich zum Ziel setzen, bis 2030 alle Kinder aus der Armut zu befreien und nicht „nur“ fünf Millionen, wie es die Europäische Säule sozialer Rechte vorsieht.

>>> [Mehr](#)

Entlastung der Arbeitslosenversicherungen

Das europäische „SURE“-Instrument hat während der Pandemie EU-Mittel bereitgestellt, um die Arbeitslosenversicherungen der Mitgliedstaaten zu entlasten. Kurzarbeitsregelungen und ähnliche Maßnahmen wurden aus dem SURE-Instrument finanziell unterstützt, um rund 30 Millionen Arbeitsplätze zu sichern. Der EWSA debattierte in seiner Juli-Plenarsitzung über dieses temporäre Instrument. Es gibt inzwischen Forderungen, dieses Instrument, das zu Beginn der Pandemie eingerichtet wurde, zu verstetigen, um auch bei künftigen Krisen zur Verfügung zu stehen. Das Instrument soll nach bisheriger Rechtslage Ende 2022 eingestellt werden. Es ist mit 100 Milliarden Euro für Darlehen an die Mitgliedstaaten ausgestattet. Bis Ende Oktober 2021 werden Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro vergeben sein. Die EWSA-Berichterstatterin Cinzia del Rio hob hervor, das Instrument habe Europas soziale Stabilität gesichert.

>>> [Mehr](#)

Europäische Säule sozialer Rechte

Der EWSA begrüßt den Aktionsplan der Europäischen Kommission zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Der Ausschuss betonte allerdings, dass die Umsetzung unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten erfolgen muss. Die Maßnahmen zur Umsetzung der in der sozialen Säule verankerten Grundsätze und Ziele sollen überwacht werden. Die Stellungnahme wurde allerdings mit vielen Gegenstimmen verabschiedet. Sie wurde mit 161 zu 78 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Für den Ausschuss, der stets um einen Konsens zwischen den Sozialpartnern und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen bemüht ist, ist dies ungewöhnlich. Das relativ schwache Votum für die Stellungnahme zeigt auf, wie kontrovers das soziale Europa nach wie vor hinsichtlich der Zuständigkeiten von Mitgliedstaaten und Union ist. Besonders die Arbeitgebervertreter wehren sich gegen eine buchstabengetreue Umsetzung der Säule.

>>> [Mehr](#)

CESI veröffentlicht Richtlinien zur Fernarbeit

Bereits vor der Corona-Pandemie war die Digitalisierung der Arbeit ein Thema für Gewerkschaften und Beschäftigte. Die Fernarbeit war aber noch ein Randthema, ein noch wenig erprobtes Arbeitsmodell in einigen wenigen Berufssparten und -funktionen. Die Pandemie hat nicht nur die Digitalisierung der Arbeitswelt beschleunigt. Bedingt durch die Ausgangs- und Kontaktsperren während der letzten eineinhalb Jahre ist Fernarbeit als „Homeoffice“ für erhebliche Teile der erwerbstätigen Bevölkerung zur neuen Normalität geworden. Dabei haben sich bald Vor- und Nachteile für Beschäftigte, Arbeitgeber und auch Gewerkschaften gezeigt. Die CESI fordert Maßnahmen, um die Rechte der Gewerkschaften und der Beschäftigten zu wahren.

Aus Sicht der CESI bedarf es dringend einer Regelung für faire Fernarbeit, die einen verlässlichen und verbindlichen Rahmen für den Dialog der Sozialpartner setzt. Schließlich sei davon auszugehen, dass Fernarbeit in einer Nach-Covid-Zeit weit verbreitet bleiben wird. Die Europäischen Unabhängigen Gewerkschaften haben nun Empfehlungen dafür vorgeschlagen.

Laut CESI müssen vor allem fünf Elemente und Dimensionen der Fernarbeit geregelt werden: Erstens müsse ein garantierter und effektiver Zugang von Gewerkschaften zum fernarbeitenden Personal gewährleistet sein. Auch in der Fernarbeit müsse es für Gewerkschaften möglich bleiben, neue Mitglieder zu gewinnen und ihre Interessen effektiv zu vertreten.

Zweitens seien Maßnahmen zur Prävention der Isolierung von Beschäftigten zu ergreifen. Die Zeit im Lockdown habe bereits gezeigt, dass insbesondere das Homeoffice gerade für Alleinstehende psychosoziale Risiken berge, die auch auf Vereinsamung zurückzuführen seien. Außerdem sei nicht zu vernachlässigen, dass Beschäftigte in der Fernarbeit nicht so abgekoppelt werden dürfen, dass sie Nachteile bei Arbeits-evaluierungen oder Beförderungen haben könnten.

Drittens gelte es, den Zugang zum Sozialschutz und die Arbeitsrechte insbesondere auch hinsichtlich Arbeitszeiten und Verfügbarkeitszeiten, Versicherungen und Haftungsfragen sowie die Übernahme von Fernarbeitskosten durch den Arbeitgeber sicherzustellen. Laut Einschätzungen der CESI könnte hier allerdings insbesondere beim Homeoffice punktuell unterschieden werden müssen zwischen Beschäftigten,

die freiwillig Fernarbeit leisten und solchen, die der Arbeitgeber dazu zwingt, beispielsweise weil Bürofläche reduziert werden soll. Bei freiwilliger Fernarbeit könnte es beispielsweise weniger angebracht sein, dass der Arbeitgeber alle Kosten zur Unterhaltung des Arbeitsplatzes übernehmen muss.

Viertens nennt die CESI die Wahrung des Datenschutzes und die Unversehrtheit der Privatsphäre der Beschäftigten in der Fernarbeit. Durch die Digitalisierung mögliche Überwachungen von Arbeitstätigkeiten müssten ausgeschlossen werden und Beschäftigte, Sozialpartner und Arbeitnehmervertreter konsultiert werden, wenn Daten am Fernarbeitsplatz zu bestimmten Zwecken erhoben werden sollen.

Fünftens brauche es Fortbildungen für Beschäftigte, die noch nicht genügend digitale Kompetenzen haben, um digital Fernarbeit zu leisten. Laut CESI ist es von zentraler Bedeutung, dass mangelnde Digitalkenntnisse ein Ausschlusskriterium für Fernarbeit sind.



Für Generalsekretär Klaus Heeger ist es wichtig, dass die Richtlinien von Entscheidungsträgern auch genutzt werden können: „Die Regulierung der Fernarbeit ist eine gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften, Sozialpartnern, Arbeitnehmervertretern, Behörden und der Politik

und zwar über alle Sektoren hinweg und auf allen Niveaus, von Betrieb oder Behörde bis zur europäischen Ebene. Unsere Richtlinien sollen dazu einen Beitrag leisten, und wir hoffen, dass alle Mitglieder der CESI-Gewerkschaftsfamilie sie in ihre Organisationen mit hineinragen werden.“

Das Papier der CESI zu Richtlinien zur Fernarbeit kann auf der [Internetseite der CESI](#) heruntergeladen werden.

Evaluierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie

Seit Langem sorgt die EU-Arbeitszeitrichtlinie für Diskussionsstoff unter Gewerkschaften, Europapolitikern und europäischen Sozialpartnern, wirkt sie doch in ihrer momentan gültigen Fassung aus dem Jahr 2003 in vielerlei Hinsicht wie aus der Zeit gefallen. Insbesondere die Digitalisierung und die Entstehung neuer Arbeitsformen haben unlängst Fragen hinsichtlich der Rechtsklarheit und Auslegung der Richtlinie aufgeworfen, die zunehmend vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) interpretiert werden muss. Die Unklarheiten müssten eigentlich dringend durch die europäischen Sozialpartner oder den EU-Gesetzgeber beseitigt werden. Nun steht eine Evaluierung der Richtlinie durch die Europäische Kommission an. Die europäischen unabhängigen Gewerkschaften der CESI bringen sich in Stellung.

Bereits im Jahr 2017 hatte die Europäische Kommission eine nicht-legislative Mitteilung zu Auslegungsfragen der Richtlinie veröffentlicht, die die vorherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Arbeitszeit in den Kontext der Richtlinie einbettete. Seitdem haben sich Arbeitswelt und Arbeitsmärkte weiter gewandelt – entsprechend hoch ist der Druck, weitere Abweichungen und Ausnahmeregeln von der Richtlinie zu klären. Dabei schrecken allerdings die Sozialpartner sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite bislang davor zurück, eine generelle legislative Überarbeitung der Richtlinie zu fordern.

Das sogenannte Mitentscheidungsverfahren, wonach EU-Parlament und Ministerrat auf Vorschlag der Kommission verhandeln und eine Richtlinie annehmen, gilt als Wundertüte. Vertreter der Arbeitgeber fürchten strengere Regeln als die, die bislang gelten; die Gewerkschaften haben Bedenken, dass bestehende Regeln aufgeweicht werden könnten. Auch bestünde die Möglichkeit, dass sich Parlament und Rat auf Jahre hinaus nicht auf eine gemeinsame Richtlinie einigen können. Gleichzeitig ist klar: Es gibt dringende Fragen zur modernen Auslegung der Richtlinie, die mittlerweile fast zwanzig Jahre alt ist.

Nun hat sich die Europäische Kommission also entschieden, die Richtlinie zunächst in einem ersten Schritt zu evaluieren und vorerst keine legislative Überarbeitung vorzuschlagen – und weiteren Klärungsbedarf hinsichtlich der Richtlinie formell festzustellen. Seit Juli und noch bis Ende des Jahres konsultiert die Europäische Kommission die europäischen Sozialpartner in diesem Rahmen zu ihren Erfahrungen mit der Arbeitszeitrichtlinie, die sie im kommenden Jahr auswerten möchte.

Für Klaus Heeger, Generalsekretär der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI), muss neben digitalisierungsrelevanten Fragen vor allem auch Klarheit herrschen, wie gemäß EU-Recht bezahlte Arbeitszeit definiert und erfasst wird, vor allem wenn es um Pendel-, Fahrt- und Bereitschaftszeiten geht: „Insbesondere in Bereichen des öffentlichen Diensts ist bereits seit Jahren immer wieder der EuGH gefragt, wenn es zum Beispiel um die Anerkennung von Stand-by-Zeiten als bezahlte Arbeitszeiten geht, beispielsweise für Feuerwehrleute, Ärzte oder Angehörige der Streitkräfte. Hier im Sinne der Arbeitnehmer regulatorische Klarheit zu erlangen, wäre im großen Interesse der Personals in den öffentlichen Diensten.“



© Nubelson Fernandes on Unsplash

Im Rahmen der Konsultation der Europäischen Kommission zur Evaluierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG können dbb-Mitglieder positive wie negative Erfahrungen mit der Richtlinie bis zum 15. November bei der CESI einreichen, die als Sozialpartner mit der Europäischen Kommission zur Konsultation in engem Kontakt steht.

Weitere Informationen können bei der CESI (info@cesi.org) oder beim dbb (europathemen@dbb.de) eingeholt werden.